

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	186
		TOP:	15
	Verhandlung	Drucksache:	226/2019
		GZ:	T
Sitzungstermin:	10.04.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Fuhrmann		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Häbe / fr		
Betreff:	Eberhardstraße 33 - Erneuerung der Produktionsküche -		

Vorgang: Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen vom 29.03.2019, öffentlich, Nr. 40
Ausschuss für Umwelt und Technik vom 02.04.2019, öffentlich, Nr. 162

jeweiliges Ergebnis: einstimmige Beschlussfassung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Technischen Referats vom 21.03.2019, GRDRs 226/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

- Den baulichen Maßnahmen für die Erneuerung der Produktionsküche gemäß der Kostenermittlung des Hochbauamtes vom 01.03.2019 in Höhe von **1.050.000 EUR**
wird zugestimmt.
- Die Gesamtkosten in Höhe von insgesamt 1.050.000 EUR wurden im Haushalt 2018 bereitgestellt.

Die Investitionen werden im Teilfinanzhaushalt 230 - Amt für Liegenschaften und Wohnen, Projekt 7.239000 - Immobilienverwaltung, AuszGr. 78302 - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, mit 275.000 EUR und in AuszGr. 7871 - Hochbaumaßnahmen mit 346.000 EUR finanziert. Die Aufwendungen in Höhe von

429.000 EUR wurden in den Bauunterhaltungsmitteln des Amtes für Liegenschaften und Wohnen, Amtsbereich 2307030 - Immobilienverwaltung - KAGr 420 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, gedeckt.

Aus Sicht des Gesamtpersonalrats (GPR) wird von Herrn Freitag (GPR) angemerkt, mit dem Umbau dieser Kantine, der von der Personalvertretung sehr begrüßt werde, fielen über Monate ca. 300 Kantinenplätze, die in der Mittagszeit zwei- bis dreifach belegt seien, weg. Betroffen seien also 600 bis 900 Kantinenbesucher/Tag. In der Begründung der Vorlage werde dieser Umstand kompensiert, indem ausgeführt werde, in der Kantine des Rathauses werde die Terrasse überdacht. Damit könne jedoch nicht einmal ein Bruchteil des Notwendigen aufgefangen werden. Der GPR habe bereits frühzeitig darauf hingewiesen, dass für die Beschäftigten Alternativen benötigt würden. Man habe den Ratskeller prüfen lassen. Dessen Interimsnutzung sei allerdings abgelehnt worden. Der GPR teile dies nach wie vor nicht. Mit etwas Aufwand wäre dort ein alternatives Angebot möglich gewesen. Zudem habe der GPR in der Eberhardstraße Cafeteria-räumlichkeiten im Auge gehabt. Dort könnten wohl bis zu 100 Plätze untergebracht werden. Diese Lösung habe die Verwaltung ebenfalls abgelehnt.

Der GPR müsse dieser Kantinenschließung zustimmen. Ein Schließungsantrag liege aber noch nicht vor, da es zu diesem Vorgang nach Einschätzung des GPR kein echtes Konzept gebe, um den dargestellten Bedarf aufzufangen. Problematisch sei, dass seine Ausführungen Teil der Begründung seien, während sich die Vorlage ausschließlich mit den Kosten des Baubeschlusses befasse. Da der GPR die Baumaßnahme an sich natürlich nicht aufhalten wolle, zumal es sich bei der Sommerzeit um die beste Schließzeit aufgrund des etwas geringeren Bedarfs handle, werde die Vorlage an sich begrüßt und befürwortet. Das Anliegen des GPR sei, den Ausschuss über die internen Diskussionen zu informieren. Seitens der Verwaltung werde hier noch Bewegung erwartet.

Gegenüber StR Körner (SPD) berichtet EBM Dr. Mayer, die Interimsnutzung des Ratskellers habe aufgrund brandschutzrechtlicher Themen ausgeschlossen werden müssen. Insbesondere wolle man aber mit der Sanierung dieser Räume nicht in Verzug geraten. Die Sanierungsarbeiten liefen dort bereits. Alternativen, so Herr Reichert (HauptPersA), seien noch nicht verworfen. Die Eberhardstraße 39 werde weiterhin wie bspw. Flurlösungen im Rathaus geprüft. Die Verwaltung meine, dass die in der Rathauskantine eingeplanten Maßnahmen sinnhaft seien, aber die Hinweise des GPR würden natürlich ernstgenommen, da es schon zu Beeinträchtigungen kommen werde. Versucht werde also, noch ergänzende Maßnahmen zu finden.

Zur Nachfrage von StRin Ripsam (CDU), ob auch die Besprechungsräume im 4. Stock des Rathauses geprüft wurden, berichtet der Erste Bürgermeister, deren Prüfung und die Prüfung des gesamten 4. Stockes (z. B. die Fläche vor dem Panoramafenster) dauerten an. Bei den Besprechungszimmern hänge viel von deren Belegung ab. Hingewiesen wird in dem Zusammenhang von ihm darauf, dass das Rathaus mit knapp 2.000 Veranstaltungen/Jahr sehr gut und vor allem weit im Voraus gebucht ist.

Zur weiteren Frage von StRin Ripsam, inwieweit es sich sicherstellen lasse, dass tatsächlich nur der Zeitraum vom 11. Juni bis Anfang September für die Bauarbeiten benötigt wird, hebt EBM Dr. Mayer auf die sorgfältige Prüfung ab und von Herrn Holzer (HochbA) wird zur baulichen Planung ergänzt, so weit wie möglich hätten Untersuchungen stattgefunden. Das Projekt sei jedoch ein gutes Beispiel für verborgene Schäden.

In einer in Betrieb stehenden Küche, die den hygienischen Anforderungen entsprechen müsse, könne natürlich nicht der Boden aufgerissen und hinter alle Wände geschaut werden. Unter Betrieb könnten solche Einrichtungen nur eingeschränkt untersucht werden. Eine hundertprozentige Sicherheit für die Einhaltung des Zeitplans gebe es nicht, aber dessen Einhaltung genieße höchste Priorität.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben stellt BM Fuhrmann fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Häbe / fr

Verteiler:

- I. Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Liegenschaftsamt (2)
Stadtkämmerei (2)
 5. GPR (2)
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. SchUB
 9. AfD
 10. LKR